№ 568
A 240

Morgen-Ausgabe

Berlin

Sonnabend, 1. Dezember 1923

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

150 Milliarden

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen — Sport — Spiel, Für Reise und Wanderung.

Wöchentlich 1,50 Goldmark durch unsere Boten. Bezug durch die Post 6,50 Goldmark. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark: mm-Zeile 25 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 5 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 2600—3605, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3656—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die endgültige Ministerliste.

Vorstellung des Kabinetts Marx vor dem Reichstag am Dienstag.

amtliche Meldung.

Der Herr Präsident hat den Senatspräsidenten Marx, Mitglied des Reichstags, zum Reichskanzler ernannt und auf seinen Vorschlag die Reichsregierung wie folgt neugebildet:

Reichskanzler: Senatspräsident Marx.

Vizekanzler und Reichsminister des Innern: der bisherige Reichsminister des Innern Dr. Jarres.

Reichsminister des Auswärtigen: der bisherige Reichskanzler Dr. Stresemann.

Reichsarbeitsminister: (wie bisher) Dr. Brauns.

Reichswehrminister: (wie bisher) Dr. Geßler.

Reichsfinanzminister: (wie bisher) Dr. Luther.

Reichsverkehrsminister: (wie bisher) Deser.

Reichsernährungsminister: (wie bisher) Graf von Kanitz.

Reichspostminister: (wie bisher) Dr. Hoefle, zugleich mit Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete beauftragt.

Reichswirtschaftsminister: Bayerischer Staatsminister a. D. Hamm.

Reichsjustizminister: Staatssekretär Emminger, Mitglied des Reichstages.

★

Es hat in den ersten Nachmittagsstunden noch ein interessantes Zwischenspiel in der Kabinettsbildung gegeben. Der Reichslandbund hat an die deutschnationale Fraktion ein Schreiben gerichtet, in dem er es als wünschenswert bezeichnet, daß Abg. Dr. Schiele das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft übernähme. In dem Schreiben soll auch empfohlen worden sein, daß die Deutschnationalen noch einen zweiten Sitz im Reichskabinett beanspruchen sollen. Die deutschnationale Fraktion hat darauf noch einmal beraten und ist zu dem Beschluß gelangt, dem Abg. Schiele den Eintritt in das Kabinett nicht zugestatten. Man nahm an, daß damit auch Dr. Emminger von der Bayerischen Volkspartei es ablehnen würde, das Justizministerium zu übernehmen. Im Einvernehmen mit dem Vorstand der Fraktion der Bayerischen Volkspartei hat Dr. Emminger sich aber bereit erklärt, als Justizminister in das Kabinett Marx einzutreten.

Damit waren die vornehmlichen Schwierigkeiten der Kabinettsbildung überwunden, und die Liste der neuen Reichsminister konnte dann rasch vervollständigt werden.

Das Kabinett Marx, wie es sich jetzt repräsentiert, ist vorwiegend aus den Mittelparteien gebildet. Eine starke Hinneigung nach rechts ist aber unverkennbar. Unter diesen Umständen wird man wohl annehmen dürfen, daß die Deutschnationalen die Regierung Marx durch wohlwollende Neutralität unterstützen werden. Die sozialdemokratische Fraktion hat heute mehrere Stunden beraten, ist aber noch zu keinen Entschlüssen gelangt, und will die programmatische Erklärung der Regierung abwarten, ehe sie ihre Haltung festlegt. Das Plenum des Reichstages dürfte am Dienstag zusammentreten, um die Regierungserklärung entgegenzunehmen.

Poincarés Rheinlands-Pläne.

Die Interpellationsdebatte.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 30. November.

Die Kammer setzte heute nachmittag die Interpellationsdebatte über die äußere Politik fort. Der Kommunist Cachin führte als erster Redner aus, die Ergebnisse der Ruhraktion seien verhängnisvoll. Die Teuerung in Frankreich habe zugenommen, der Franken sei gefallen. Frankreich habe große Aufwendungen für den Ankauf englischer Kohle machen müssen (Zwischenruf: „Frankreich hat wieder einmal die Kastanien für England aus dem Feuer geholt!"). Cachin betont, daß die französische Industrie infolge der Ruhraktion eine schwere Krise zu überstehen habe. Er glaubt nicht, daß Frankreich auf diese Weise zu Zahlungen gelangen wird, und erinnert daran, daß der frühere Finanzminister Kloß vor fünf Jahren verkündet habe: „Der Boche werde zahlen!" (Zwischenruf des Abgeordneten Kloß: „Das hat zuerst Herr Lloyd George gesagt!" — Bewegung). Cachin führt fort, es sei nicht erfindlich, welchen Nutzen die französischen Kriegsbeschädigten von den Düsseldorfer Vereinbarungen haben werden. Dagegen werde das Comité des Forges bei dem Austausch von französischen Erzen gegen Ruhrkohle auf seine Rechnung kommen (Zwischenruf: „Wenn die Industriellen reicher werden, wird auch das Land reicher!"). Cachin erwidert, der Fall Stinnes beweise das Gegenteil. Er äußert weiter Befriedigung darüber, daß die künstliche Separatistenbewegung im Rheinland offenbar als erledigt betrachtet werde, und Frankreich im Begriffe stehe, die Beziehungen zu den rechtmäßigen Behörden im besetzten Gebiet wieder aufzunehmen.

Es kommt zu lärmenden Unterbrechungen, als Cachin das Verhalten Frankreichs im Ruhrgebiet mit dem Vorgehen der Deutschen im besetzten Nordfrankreich vergleicht und behauptet, Deutschland sei durch die Ruhraktion dem Chauvinismus preisgegeben worden. Als Cachin weiter behauptet, der bayerische Nationalismus sei durch Frankreich subventioniert worden, bemerkt Poincaré: „Sie werden wohl anerkennen, daß die Regierung nicht für die Ansichten aller ihrer Beamten verantwortlich ist. Wäre sie das, so würde sie oft in große Verlegenheit kommen." (Heiterkeit und Beifall.)

Als Cachin auf die Vorgänge von 1920 hinwies, um die Beziehungen Frankreichs zu den bayerischen Royalisten zu beweisen, erwiderte Poincaré, er sei über diese angeblichen Vorgänge „nicht unterrichtet". Cachin schließt mit der Erklärung, er hoffe, daß das deutsche Proletariat die verbrecherische Reichsregierung durch eine Revolution stürzen werde, und daß ein solcher Umschwung den Interessen Frankreichs dienen würde. (Ironische Zwischenrufe.)

Der Royalist de Magalon spricht dann über den rheinischen Separatismus, den er als eine „ernste Bewegung" hinzustellen versucht. Er äußert die Hoffnung, daß Poincaré „auf seine Neutralität verzichten und die Separatisten energisch unterstützen werde". Falls die französische Regierung anders handle, würde sie nach seiner Ansicht einen Fehler begehen, den die künftigen Generationen ihr nicht verzeihen könnten. (Beifall rechts.)

Der letzte Teil der Sitzung wurde durch eine zweistündige Rede des Kommunisten Ernest Lafont ausgefüllt. Lafont kritisiert scharf die Ruhraktion und die Begünstigung der separatistischen Bewegung in Frankreich. Poincaré bemerkt dazu wörtlich: „Herr Tirard hat den Befehl, der ihm eine neutrale Haltung vorschrieb, geachtet, aber wir haben das Recht, zu hoffen, daß die rheinische Bewegung, „pontan und frei", versuchen wird, die Bande, die sie an Deutschland fesseln, zu lösen. (Erbost er Beifall.) Es ist nicht erwiesen, daß unter den Männern, von denen in Verbindung mit der separatistischen Bewegung gesprochen wurde, nicht Agents provocateurs Deutschlands waren, die eine im Grunde durchaus ehrenhafte Bewegung in Mißkredit zu bringen versuchten." (Lebhafter Beifall.)

Im weiteren Verlauf der Rede Lafonts erinnerte Poincaré in einer neuen Zwischenbemerkung daran, daß Bismarck selbst erklärt habe, Deutschland sei von Grund aus föderalistisch. (Beifall.) Der kommunistische Redner bezeichnete es als einen „Fehler", daß Frankreich die demokratische Bewegung in Deutschland nicht unterstützt hat und direkte Verhandlungen mit Stresemann ablehnte. Er versuchte nachzuweisen, daß zwischen Frankreich und allen Verbündeten ernste Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Poincaré erinnerte daran, daß Belgien und Italien sich an der Ruhraktion beteiligt haben. Er versicherte, daß „die erfaßten Pfänder von Tag zu Tag produktiver werden". Als der Redner behauptete, Frankreich habe wegen der Ruhraktion wenig würdige Zugeständnisse auf dem Gebiet der internationalen Politik machen müssen und dabei auch Korfu erwähnt, ruft Poincaré dazwischen: „Während des Korfu-Konfliktes hat Frankreich vielleicht den Weltfrieden gerettet." (Beifall.) Lafont wirft Poincaré zum Schluß zusammenfassend vor, er mache eine Außenpolitik, die neue Kriege herbeiführen werde.

Die weitere Interpellationsdebatte wird dann auf nächsten Freitag vertagt.

Ueberpreise.

Als vor einigen Monaten die Frage der Indexlöhne in der Oeffentlichkeit erörtert wurde, da wurde gegen die Einführung von Festmarklöhnen auf der Grundlage des Dollarkurses oder der Lebenshaltungskosten oder eines anderen Maßstabes vor allem geltend gemacht, daß die Indexlöhne ebenso, wie es ein Jahr vorher in Oesterreich eingetreten war, auch bei uns ein Emportreiben der Preise über das Weltmarktniveau hinaus zur Folge haben würden. Die Indexentlohnung ist denn auch in den meisten Gewerbezweigen nicht zur Einführung gelangt. Trotzdem aber haben wir in den letzten Wochen eine Preissteigerung gehabt, die das österreichische Beispiel weit übertrumpft. Die Kleinhandelspreise sind gerade die für die notwendigsten Tagesbedürfnisse, insbesondere die Lebensmittelpreise für Mehl, Fleisch, Fett, Gemüse und Obst, sind gegenüber den Vorkriegspreisen, in Goldmark gerechnet, um das Doppelte und Dreifache, zum Teil sogar um das Fünf- bis Achtfache gestiegen.

Der Ausgangspunkt für diese krankhafte Entwicklung liegt in der falschen Devisenpolitik der Reichsbank und des Reichswirtschaftsministeriums. Nachdem die Reichsbank bei ihrer letzten verunglückten Stützungsaktion im September eine Besserung der Mark „von außen her" versucht hatte, indem sie durch Intervention an den ausländischen Börsen einen verhältnismäßig günstigen Markkurs erzielte, der bis zu 50 v. H. höher war, als die Markbewertung in Berlin, und damit den Industrie- und Handelsfirmen mit internationaler Finanzorganisation die Möglichkeit zu großen Zwischengewinnen gab, schlug sie im Oktober wieder den entgegengesetzten Weg ein.

Durch den zwangsweisen Einheitskurs für Devisen und Goldmünzen an der deutschen Börse und schärfste Bewertung wurde der Dollar im Inland künstlich niedrig gehalten, während an den ausländischen Börsenplätzen die Mark nur halb oder ein Drittel so hoch bewertet wurde. Nun handelt es sich zweifellos bei den Markkursen im Auslande, bei den amtlichen Börsennotizen und stärker natürlich noch an den Börsenplätzen, wo die Marknotiz bereits gestrichen ist, wie in der Schweiz, um Ziffern, die ein mindestens ebenso gefälschtes Bild von dem wirklichen Wert der Mark geben, wie der Berliner Einheitskurs; denn die Mark-Umsätze, die an den ausländischen Börsen vorkommen, sind seit langem so gering, daß es leicht ist, den Kurs in der einen oder anderen Richtung willkürlich zu beeinflussen.

Die Fesselung des Dollarkurses in Berlin in Verbindung mit der höheren New-Yorker Markparität und den noch höheren Devisenparitäten der Londoner und Amsterdamer Börse und der traurigen Lage der Reichsfinanzen genügten aber, um in Deutschland allgemein den Eindruck zu erwecken, daß die Mark tatsächlich weniger wert sei, als der amtliche Einheitskurs glauben machen sollte. Da das Verbot, den Dollar zu einem höheren als dem Einheitskurse zu handeln, vorerst wenigstens etwas abschreckend wirkt, so suchte sich die Bewertung der Mark einen anderen Weg. Anstatt, daß man die Kaufkraft der Mark gegenüber dem Dollar niedriger bewertete, schätzte man die Kaufkraft der Mark gegenüber den Waren niedriger ein, mit anderen Worten, man setzte die Warenpreise auch bei gleichbleibendem Dollar herauf.

Zugleich aber hatte sich die Goldmarkrechnung in allen Zweigen des Einzelhandels eingebürgert. Als nun der neue Reichswährungskommissar Dr. Schacht die unmögliche Devisenpolitik der Reichsbank dahin korrigierte, daß er innerhalb weniger Tage den Berliner Einheitskurs einigermaßen der Markbewertung an den ausländischen Börsen anpaßte, da ergab sich, daß sämtliche Verkäufer, von den Urproduzenten angefangen bis zum letzten Grünkramhändler, ihre auf Goldmark gestellten Preise in Papiermark dem neuen amtlichen Dollarkurs entsprechend heraufsetzten. Der an sich durchaus vernünftige und notwendige Plan des Reichswährungsministers bewirkte also ein neues Heraufreiben der ohnehin schon auf der Grenze des Weltmarktniveaus liegenden Preise.

Die unheilvolle Wirkung, die diese Entwicklung für die gesamte deutsche Wirtschaft mit sich brachte, ist bereits in den letzten acht bis vierzehn Tagen sichtbar geworden. Das Exportgeschäft geht mehr und mehr zurück, weil eine große Anzahl deutscher Waren — Rohstoffe, vor allem aber Halb- und Fertigfabrikate — erheblich über dem Weltmarktpreis stehen. Die Ausländer — sie mögen volkswirtschaftlich nicht immer sehr erwünschte Gäste sein, aber für ein auf den internationalen Tauschverkehr angewiesenes Land sind die unentbehrlich — verlassen fluchtartig Deutschland, weil sie im hochvalutarischen Ausland billiger leben können, als in den deutschen Städten. Die Folge davon ist, daß die Arbeitslosigkeit auch im unbesetzten Gebiet immer stärker zunimmt. Die Absatzmöglichkeiten werden auch dadurch verringert, daß die Spanne zwischen den Preisen und den Löhnen und Gehältern auf der andern Seite größer ist, als je, und dadurch die Kaufkraft des inneren Marktes noch mehr zusammenschrumpft.

Trotzdem ist, volkswirtschaftlich betrachtet, das Nachhinken der Löhne noch heinahe als ein Glück anzusehen. Die Ge-